



KOMMENTAR

Nichts Genaues weiß man nicht



Michael Silkeit Foto: Archiv

Keiner liebt sie – alle wollen sie – die Föderalismusreform. Kaum ein Beispiel politischen Handelns wird in der letzten Zeit derart kontrovers zugleich aber auch geschlossen diskutiert.

Böse Zungen behaupten, die ganze Reform passe auf einen Bierdeckel. Für den Bereich Recht des öffentlichen Dienstes, Beamtenbesoldung und -versorgung will ich das gerne glauben. Zuzeit ist eigentlich nur klar, dass alle Länder dafür sind. Wie sich die Inhalte zukünftig darstellen – nichts Genaues weiß man nicht. Anscheinend läuft alles darauf hinaus, die Geschlossenheit und Reformfähigkeit der großen Koalition zu demonstrieren, trotz erheblicher Bauchschmerzen in den Ländern, dass beispielsweise zukünftig die Reichen den Armen die Spitzenbeamten abwerben. Ich weiß nicht, warum sich Politik immer nur am Beispiel der Spitzenbeamten orientiert. Da splittet sich das Feld doch bereits seit Jahren. Dass in Bayern ein Behördenleiter in der B-Besoldung angesiedelt ist, wohingegen

er in Meck-Pomm mit A 16 abgespeist wird, das ist doch seit Jahren Normalität. Viel größere Sorgen mache ich mir um die Kolleginnen und Kollegen, die das Bild der Polizei im täglichen Dienst prägen, um diejenigen, die tagtäglich ihren Kopf hinhalten und dafür morgen die Folgen der Kleinstaaterei in Deutschland ausbaden dürfen. Niemand macht sich heute auch nur annähernd Gedanken darüber, wie mit Einzelbeispielen aus den Bundesländern umzugehen sein wird. Was passiert, wenn der niedersächsische Innenminister sein langfristiges Ziel, die Beamtenbesoldung um 20 Prozent (!!) abzusenken realisiert, senken wir sie in M-V dann um 30 Prozent ab? Wenn Rheinland-Pfalz die Lebensarbeitszeit auch im PVD auf 67 Jahre erhöht, erhöhen wir dann auf 70?? Die Gefahr besteht eben nicht nur darin, dass

Deutschland aus polizeilicher Sicht zum bunten Flickenteppich verkommt, die Gefahr besteht nicht nur im Ausbau des Wohlstandsgefälles im öffentlichen Dienst, sondern sie besteht auch darin, dass alle diejenigen, die in so genannten armen Ländern wohnen, permanent den Spiegel vorgehalten bekommen, ... „was ihr euch so alles leisten könnt“. Einen Vorteil hat die Sache aber auch. Politik wird für uns in zunehmendem Maße nicht mehr im fernen, anonymen Berlin gemacht, sondern Politik findet bei uns statt und hat einen Namen. Politik wird von Abgeordneten und Ministern gemacht, die dicht bei uns wohnen und arbeiten.

Michael Silkeit
Landesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei,
Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

BUNDESFACHAUSSCHUSS POLIZEIVERWALTUNG

Probleme der Verwaltungsbeamten erörtert

Neubrandenburg. Am 13. und 14. Februar 2006 trafen sich Vertreter aus den Ländern, um im Bundesfachausschuss Polizeiverwaltung über Fragen und Probleme der Verwaltungsbeamten zu sprechen.

Unter der Sitzungsleitung des Vorsitzenden des Fachausschusses, Kollegen Michael Laube, war nachzuvollziehen, welche Entwicklung die Polizeien der einzelnen Länder aus dem Blickwinkel ihrer Ausschussmitglieder nehmen:

Rahmenbedingungen sind durchgängig vollzogene, derzeitige oder geplante Strukturveränderungen, verbunden mit Maßnahmen zu Personaleinsparungen.

Outsourcing, die Ausgliederungen ganzer Bereiche aus der Polizei in die freie Wirtschaft, mit einhergehenden Problemen wird durch die Beratungsteilnehmer beschrieben, so beispielsweise für Kfz- und IuK-Werkstätten, Wachen oder ein Filmlabor (mit Ausnahme der Entwicklung von Filmen mobiler Geschwindigkeitsmessanlagen).

Fehlende Ausbildungskonzepte für den Verwaltungsbereich und damit verbundene Nachwuchsprobleme sowie mangelnde Fortbildung sind Gegenstand der „Bestandsaufnahme“.

Einig waren sich die Landesvertreter, dass der Fachausschuss

wieder in eine aktivere Rolle gelangen muss.

Dazu ist angedacht:

- über die DEUTSCHE POLIZEI (Bundesausgabe) die Probleme der Verwaltung in den einzelnen Bundesländern umfassend darzustellen,
- die Befassung des Fachausschusses mit der Thematik der Kosten- und Leistungsrechnung und
- die logistischen Herausforderungen für einen Polizeieinsatz zu beschreiben.

Mit der Darstellung des gewerkschaftlichen Situationsberichtes durch das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes Jörg Radek war eine gute

Verknüpfung der „Verwaltungsthemen“ mit den gesamtgewerkschaftlichen Problemen gelungen und noch einmal unterstrichen, dass nur Operative und Verwaltung gemeinsam für die innere Sicherheit wirken können.

Als Teilnehmer unserer Landes-GdP und damit in eigener Sache werde ich eine ausführliche Auswertung im Geschäftsführenden Landesvorstand vornehmen und sicher dann über mögliche Bewertungen beziehungsweise Aufgaben in der Gewerkschaftsarbeit berichten.

Renate Randel
Stellv. Landesvorsitzende

PK aus Hamburg sucht einen Tauschpartner aus M-V. Bei Interesse bitte unter Tel.: 01 79/ 9 08 60 50 melden.

ATB und LBK gehen im LPBK auf

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe **Juni 2006** DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist **Freitag, der 28. April 2006**.

Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Deren Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Schwerin. Seit Beginn des Jahres 2006 gibt es für die Kollegen aus dem ehemaligen ATB und Mitglieder der Kreisgruppe der Bereitschaftspolizei einige Neuerungen. Infolge der Reform der Landesverwaltung im Innenressort geht das ehemalige ATB gemeinsam mit dem LBK in dem Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz M-V (LPBK M-V) auf.

Durch Aufgabenbündelungen beziehungsweise durch Neuordnungen ist das LPBK M-V aus großen Teilen des Amtes für Technik und Beschaffung der Polizei M-V (ATB) sowie dem Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz gebildet worden.

Diese Neuorganisation hat einschneidende Änderungen für die Kollegen und Mitglieder unserer Kreisgruppe zur Folge. So wurden mit der Zusammenlegung der Ämter die Personalräte aufgelöst.

Am 17. Januar 2006 wurde durch den Direktor des Landesamtes für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz M-V (LPBK M-V), Herrn Czyborra, eine Personalversammlung gemäß Paragraph 3 Absatz 3 der Wahlordnung zum Personalvertretungsgesetz M-V (PersVG M-V), einberufen und durchgeführt.

Gemäß Paragraph 20 Absatz 1 Ziffer 6 des PersVG M-V wurde in dieser Personalversammlung der Wahlvorstand für die Personalratswahlen 2006 gewählt.

Gemäß der Wahlordnung zum PersVG M-V vom 19. April 1993 wurden nach einstimmiger Wahl durch die anwesenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LPBK M-V die nachfolgenden Mitglieder und Ersatzmitglieder für den Wahlvorstand gewählt und durch den D LPBK, Herrn Czyborra, bestellt:

Mitglieder des Wahlvorstandes sind:

Gruppe der Beamten: Helmut Westphal als Vorsitzender
Gruppe der Angestellten: Karsten Neumeister als Stellvertreter

Gruppe der Arbeiter: Ulrich Pagels

Ersatzmitglieder:

Gruppe der Beamten:

Hannelore Kolling

Gruppe der Angestellten:

Thomas Cogiel

Gruppe der Arbeiter:

Thomas Bröder

Der Wahlvorstand nimmt entsprechend des PersVG M-V und der Wahlordnung bis zur Wahl des neuen Örtlichen Personalrates des LPBK M-V die Aufgaben des Personalrates wahr.

Die Wahlen für den Örtlichen Personalrat und den Hauptpersonalrat finden voraussichtlich am 16. Mai 2006 statt.

Helmut Westphal/Ute Wienecke
Mitglieder der Kreisgruppe BP

Deutsche Polizei

Ausgabe:

Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:

Graf-Schack-Allee 20
19053 Schwerin
Telefon: (03 85) 20 84 18-10
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur für das Landesjournal Mecklenburg-Vorpommern noch nicht benannt!!!

Jana Kleiner

Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die Landesgeschäftsstelle (s. oben)

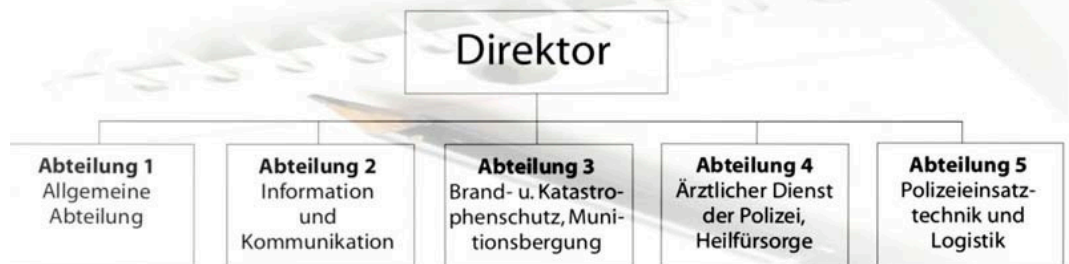
Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2798

Organisation LPBK



JUNGE GRUPPE

Polizeimöwe Klara unterstützt

Rostock/Schwerin. Alles Klärchen? Wie ihr wisst, veranstaltete die JUNGE GRUPPE im vergangenen Jahr zwei Blaulichtpartys in Zusammenarbeit mit dem LT-Club in Rostock. Der Erlös dieser Veranstaltungen soll-

te unter dem Motto „Von Kollegen für Kollegen“ für einen guten Zweck genutzt werden. So konnten wir der Kinder- und Jugendprävention des Landeskriminalamtes mit einer finanziellen Unterstützung ein wenig behilflich

sein. Da auch diese Abteilung an den jährlichen Geldhaushalt gebunden ist, machten wir es möglich, die Polizeimöwe Klara in ihren Arbeitsmitteln zu bereichern. Unsere Kindersympathiefigur reist nun schon seit fünf Jah-

JUNGE GRUPPE

ren durch Mecklenburg-Vorpommern und gibt an Kindergärten und Schulen Unterricht auf ihre ganz andere Art und Weise. Klara lockert aber nicht nur durch ihre Anwesenheit bestimmte Kinderprojekte dieser Tagesstätten auf, sie mischt sich auch bei Großveranstaltungen, wie zum Beispiel der „Hanse Sail“, unter das Volk. Ihrer Zielgruppe möchte das große sprechende Kuscheltier grundsätzliche Sachen in den

Bereichen der Verkehrserziehung, Gewalt, Diebstahl und gegenüber Ausländern präventiv vermitteln. Selbst durch ein eigens komponiertes Lied werden die Kinder angeregt, an dieser Unterrichtsform mitzuwirken. Mit zirka 2500 zusätzlich ermöglichten Malheften wünschen wir unserem Polizeimaskottchen weiterhin viel Erfolg!

Nicole Otto

LFA TARIF

Richter ohne Robe

Schwerin. Zum Jahresbeginn 2006 wurden die ehrenamtlichen Richter für die Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern neu bestellt. Für den Landesfachausschuss Tarif sind die MitgliederInnen Inga Roland, Rosemarie Hartmann-Woisin (beide für das AG Schwerin), Siegmund Brandt (für das AG Rostock) sowie Marco Bialecki (für das AG Stralsund) in dieses wichtige Amt – durch den Präsidenten des Landesarbeitsgerichts, Herrn Thiele – berufen worden.

Einen großen Teil der von den Gerichten für Arbeitssachen zu entscheidenden Verfahren machen die Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, dem Arbeitsverhältnis sowie über dessen Beendigung aus. Hierunter fallen auch die im öffentlichen Dienst geschlossenen Arbeitsverhältnisse, nicht jedoch die Beamtenverhältnisse.

Von praktischer Bedeutung sind insbesondere Kündigungsschutzklagen sowie Rechtsstreitigkeiten über die Wirksamkeit von Befristungen, über Arbeitsentgelt, Eingruppierungen, Schadensersatz, Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitnehmerüberlassung, Abmahnungen und Zeugnisse.

Die Beteiligung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber an den arbeitsgerichtlichen Verfahren beruht auf der Erkenntnis, dass die Anschauungen der im Arbeitsleben stehenden bei der Rechtsfindung unerlässlichen Voraussetzung für die Akzeptanz der gerichtlichen Entscheidungen sind. In allen Instanzen wirken daher neben den Berufsrichtern je ein ehrenamtlicher Richter aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen mit.

Unsere Kolleginnen und Kollegen erfüllen somit bei den Arbeitsgerichten eine wichtige Aufgabe. Ihre Stimme hat das gleiche Gewicht wie die des Berufsrichters.

*Marco Bialecki
LFA Tarif*

Personalratswahlen 2006
www.gdp-mv.de

Anzeigen

Roswitha Menne

Häusliche Krankenpflege
Seniorenbetreuung - Urlaubspflege
Schillerstraße 9a
18119 Warnemünde
Fon (03 81) 5 27 00
Fax (03 81) 5 19 29 18
Notruf (01 77) 3 81 77 99
HKPFMenne@aol.com
www.ostsee-pflegedienst.de

Büro von 8 bis 14 Uhr · 24 Stunden Bereitschaft · alle Kassen und privat

PRIVATÄRZTLICHE PRAXIS
Dipl.-Med. Rainer Hamann
Facharzt für Allgemeinmedizin
17036 Neubrandenburg
Wieselweg 23
Telefon (03 95) 7 78 13 48

Dipl.-Med. Frank-Michael Puttlitz
Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Sexualmedizin, Psychosomatik,
Harnblasenfunktionsdiagnostik
Kolumbusring 58, 18106 Rostock-Schmarl
Tel.: 03 81/1 21 04 81
Mo., Di., Do.: 8.30–12.00 Uhr, 14.30–18.00 Uhr
Fr.: 8.30–12.00 Uhr und nach Vereinbarung

Dr. med. Mathias Schwarz
Facharzt f. Gyn./Geburtshilfe
Tannenweg 3
18069 Rostock-Sievershagen
Tel.: 03 81/8 22 21
Fax: 03 81/8 22 73

Lada Matschke
Fachärztin für Augenheilkunde
An der Marienkirche
17033 Neubrandenburg
Tel. 03 95/5 44 22 63



Danksagung



Im Namen der
Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Rostock,
und der

Blue Knights® Germany XXX - Mecklenburg-Vorpommern e.V.

möchten wir uns für die bekundete Anteilnahme sowie die zahlreichen Spenden
aus Anlass des tragischen Todes von
Kollege Andreas Landan
bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken!

Bernd Voß
Vorsitzender der
Kreisgruppe Rostock

Torsten Sprotte
Präsident der
Blue Knights Germany XXX

JUNGE GRUPPE BEIM INNENMINISTER

Endlich – Paragraph 13 noch in diesem Jahr!

Schwerin: Am 16. Februar 2006 erklärte Innenminister Dr. Gottfried Timm, dass er noch in diesem Jahr einen Lehrgang nach Paragraph 13 LVOPol M-V ins Leben rufen will! Weitere Themen waren: Zukunft der Bereitschaftspolizei M-V und ihre Standorte, Bekleidungsbeschaffung und die Sonderausstattungen der Einsatzzüge und Aufrufeinheiten.

Anlässlich eines Gespräches zwischen Vertretern des Landesjugendvorstandes der JUNGEN GRUPPE der GdPM-V und Vertretern des Innenministeriums erklärte der Innenminister, Dr. Gottfried Timm, dass er noch in diesem Jahr einen Lehrgang nach Paragraph 13 LVOPol M-V ins Leben rufen will. Auch der Forderung der Jungen Gruppe, Kolleginnen und Kollegen ohne

Hochschulreife den Besuch des Lehrgangs einzuräumen, wolle man folgen, so der Abteilungsleiter Polizei, Frank Niehörster. Er erklärte, dass es dabei jedoch noch Hürden an der Fachhochschule und im Bildungsministerium zu überwinden gelte. Er sei jedoch optimistisch, dass der Bildungsminister seinen Vorstellungen, die Hochschulzugangsberechtigung durch eine Eignungs-

prüfung (Test + persönliches Gespräch) zu erlangen, folgen werde. Die bisherigen Verzögerungen erklärte er unter anderem mit unterschiedlichen Vorstellungen der Fachhochschule und der Polizeiabteilung. Der Lehrgang nach Paragraph 13 LVOPol M-V soll nach Wünschen des Innenministeriums noch im Oktober 2006 an der Fachhochschule durch den Fachbereich Polizei für 15 bis 20 Absolventen ausgerichtet werden und zirka sechs Monate dauern. Mit einem erfolgreichen Abschluss bei diesem wäre die Voraussetzung für das Erreichen der Spitzenämter nach A 12/13 gegeben. Den darüber hinaus ambitionierten Kolleginnen und Kollegen sei an die-

ser Stelle gesagt, dass für die Ausbildung zum höheren Dienst bundesweit neben der Hochschulreife auch ein anerkannter „Bachelor“-Abschluss (akademischer Abschluss, welcher sechs Semester umfasst) gefordert ist. Mit den Lehrgängen nach Paragraphen 10 und 13 LVOPol M-V erreicht der Absolvent maximal vier Semester (inkl. evtl. geplantes halbjähriges Praktikum) und kann somit diesen geforderten Abschluss nicht erlangen. In deren Folge würde sich das Rekrutierungsfeld für den Höheren Dienst in Zukunft auf die Absolventen des Paragraphen 11 LVOPol M-V (Seiteneinsteiger für den g. D.) beschränken. Zu dieser angesprochenen Problema-

JUNGE GRUPPE BEIM INNENMINISTER

tik der eingeschränkten Aufstiegsmöglichkeit äußerte Herr Niehörster, dass eine bundesweite Regelung getroffen werden müsste, damit uns der Paragraph 13 Lehrgang anerkannt wird. Eine alternative Möglichkeit wäre seiner Meinung auch, die Dauer des Lehrganges zu verlängern beziehungsweise für die in Frage kommenden Beamtinnen und Beamten einen weiteren Studiengang anzubieten. Zudem brachte der Abteilungsleiter klar zum Ausdruck, dass er nur willens- und leistungsstarke Spitzenbeamte fördern und zum Lehrgang schicken möchte. In zwei bis drei Monaten würde er konkretere Angaben machen können. Wir werden dranbleiben und euch über die aktuellen Prozesse informieren.

Weitere Gesprächsthemen waren die:

1. Zukunft der Bereitschaftspolizei und ihrer Standorte;
2. Bekleidungsbeschaffung über das LZN Niedersachsen;
3. Sonderausstattungen für Einsatzzüge und Aufrufeinheiten.

Zur Unterbringung der 2. Einsatzhundertschaft während des G8-Gipfels erklärte der Innenminister, dass derzeit noch keine Aussagen gemacht werden können und auch der Zeitraum der Auslagerung noch nicht bekannt sei. Er werde zeitnah informieren, sobald eine Grundentscheidung getroffen ist. Er versicherte aber, dass die Hundertschaft im Bereich Rostock verbleiben wird. Auf die Frage nach einem Nachnutzungskonzept gab Herr Timm an, dass er davon ausgeht, dass der für den G8 sanierte Block 3 im Anschluss der Bereitschaftspolizei zur Verfügung stehen wird. Darüber hinaus kann er sagen, dass die Standorte der Bereitschaftspolizei Rostock und Schwerin nicht zur Debatte stünden. Weitergehende Liegenschaftsentscheidungen, zum Beispiel den Schweriner Standort nach Stern Buchholz zu verlagern, wären zwar in der Prüfung, werden jedoch wohl am Geld scheitern. Dem BBL obliegt es, kostengünstige Varianten und funktionale Unterbringungen zu prüfen, vor deren Entscheidungen sich die Polizei nicht verschließen wird,

so der Innenminister. Er hält es für unwahrscheinlich, dass das BBL sich so einen Elefanten an Land zieht, wo es ja bemüht ist, Landesliegenschaften abzugeben. Obwohl es viele Interessenkreise zum Objekt Hagenower Straße gibt, wäre Stern Buchholz ein viel zu großes Objekt, dessen Bewirtschaftung und Unterhaltung zu teuer sein dürfte.

Hinsichtlich der Zukunft der Bereitschaftspolizei stellte der Abteilungsleiter Polizei, Frank Niehörster, fest, dass der Stellenwert geschlossener Einheiten in Mecklenburg-Vorpommern unbestritten sei und für besondere Lagen immer Einsatztruppen erforderlich sein werden. Ob dafür immer eine eigene Behörde notwendig sein wird, ist fraglich. Derzeit verfolge man allerdings keine weitergehenden Organisationsvorstellungen.

Die Bekleidungsbeschaffung über das LZN Niedersachsen schätzte der Abteilungsleiter Polizei als grundsätzlich gute Idee ein. Dabei gilt es nunmehr, auch als Reaktion auf die Kritik der Kolleginnen und Kollegen, die Bestellmöglichkeiten in Zukunft zu verbessern. Dazu sei man bereits mit dem HPR der Polizei im Gespräch, der bereits etliche Kritikpunkte an ihn herangetragen habe. Eine rückwirkende Lösung wird generell nicht mehr möglich sein. Die Junge Gruppe forderte unter anderem, dass zusätzliche Ausrüstungsgegenstände (zum Beispiel Einsatzhandschuhe mit Protektoren, Taschenlampen, Warnwesten, Multifunktionsstaschen und Ähnliches) frei bestellbar werden. Der derzeitige Stand ist, dass Gegenstände, die als Sonderausrüstung aufgeführt sind, nicht durch die jeweiligen Beamten bestellt, sondern nur durch seine Behörde beschafft werden können. Diese verfügt ebenfalls über ein Konto beim LZN und hat in Eigenzuständigkeit die Notwendigkeit bestimmter Gegenstände zu prüfen und sie gegebenenfalls für seine Mitarbeiter anzuschaffen. Ob sie dieses auch in jedem Fall kann, wird wie zu häufig, auch eine finanzielle Frage sein. Durch die Forderung der JUNGEN GRUPPE wird jetzt seitens des Innenministeriums



Stellvertretender Landesjugendvorsitzender Maik Schröder (li.) und der Innenminister Dr. Gottfried Timm nach dem Gespräch.

Foto: Juliane Schwank

geprüft, ob nicht bestimmte Gegenstände als Zusatzausrüstung eingestuft werden können, mit der Folge der freien Bestellbarkeit dieser für jeden Beamten.

Zudem gab es einige Nachfragen von Beamtinnen, die aus dem Elternjahr gekommen sind und kein Guthaben auf ihrem Bekleidungskonto hatten, da sie zum Jahresbeginn nicht im Dienst waren. Sie haben die Möglichkeit, bei ihrer Behörde einen Antrag auf Vollaussstattung beziehungsweise auf das Benötigte zu stellen. Die Behörde ist dann verpflichtet, den Beamten mit Bekleidung, Gegenständen, etc. auszustatten. Dies erfolgt dann über das LPBK (ehm. ATB), sofern es über das LZN nicht möglich ist. Diese und auch Regelungen zu sonstigen Freistellungen und Teilzeitbeschäftigungen finden sich unter Punkt 2.4.3 der Bekleidungs Vorschrift. Zu der Beschaffung blauer Einsatzanzüge für die WSP kann gesagt werden, dass derzeit bei der WSPD der Bedarf abgefragt und danach bestellt wird (voraussichtlich 2./3. Quartal 2006).

Weiterhin wurde der Innenminister noch auf das Erscheinungsbild der Landespolizei (Einsatzzüge und Aufrufeinheiten) zur Fußballweltmeisterschaft 2006 hingewiesen. Da im Hinblick darauf, bei den Sonderausstattungen zum Teil keine passenden Größen vorhanden sind, die Bekleidungsstücke größtenteils zirka 14 Jahre alt und mit Flecken versehen sind (insbesondere die SITEK-Hosen). Derzeit findet laut Innenminister Timm eine Erfassung der Bestände an Sonderausrüstung in den Direktionen statt. Meldefrist ist der 10. März, woraufhin das LPBK den Nachbedarfersatz (Größenschlüssel, Qualität, etc.) prüft. Auf die Frage nach zusätzlicher Beschaffung, wenn sie nicht ausreichend beziehungsweise unzureichend vorhanden sein sollte, antwortete der Innenminister, dass verbindliche Aussagen erst im März getroffen werden können. Wir bleiben am Ball.

Maik Schröder
Stellvertretender
Landesjugendvorsitzender

LT-Abgeordnete im Gespräch mit Kreisgruppe Rostock

Rostock. Auf Einladung der Kreisgruppe Rostock kamen am 27. Februar 2006 regionale Politiker und GdP-Mitglieder in der Kantine der PD Rostock zusammen. Zu Gast waren von der SPD Herr J. Schulte, von der PDS Frau B. Schwebs und Frau R. Lück sowie von der CDU Herr R. Thomas. Ziel dieser Veranstaltung war es, dass aktuelle Probleme aller Polizeibeamten angesprochen und in Beispielen untermauert werden.

Es wurde angemahnt, dass die Polizei der einzige Bereich ist, bei welchem Beförderungen nur durch Stellenstreichungen möglich sind. Erneut wurde der „Obermeisterbauch“ kritisiert und die aussichtslose Situation im mittleren Dienst bezüglich der Beförderungen von der A 8 zur A 9 mittlerer Dienst geschildert.

Erstaunlich war, dass dieses Problem theoretisch bekannt war, aber über Jahre scheinbar bewusst vernachlässigt wurde. Dabei handelt es sich doch genau bei den Beamten dieser Besoldungsgruppe überwiegend um

die Polizeivollzugsbeamten, die in ihren täglichen Dienst für die Sicherheit und Ordnung auf den Straßen unseres Landes versehen und die Grundlagen für jede weitere polizeiliche Arbeit bilden. Ein weiteres Thema war das vorliegende Leasingkonzept der Landesregierung, das durch anwesende GdP-Mitglieder als undurchdacht eingeschätzt wurde.

Wie kann es sein, dass es Landtagsabgeordnete gibt, die nicht wissen, dass durch dieses Konzept 7 bis 8 Mio. Euro in den Sand gesetzt werden.

Sehr anschaulich dargestellt wurde der anrollende „Chaoszug“ bezüglich der anstehenden Großveranstaltungen und Ereignisse der nächsten zwei Jahre. Der GdP-Landesvorsitzende, Michael Silkeit, meinte damit zum Beispiel die Kräfteplanungen für den Bäderdienst, die Mai-Demonstrationen, die Fußball-WM, Public Viewing und G8. Nachfolgend wurde deutlich, dass bei der Planung des G8-Gipfels die Finanzierung immer noch offen ist. Auch die geplanten Schließun-



Gesprächsrunde mit den Politikern in Rostock. Foto: Siegmund Brandt

gen der polizeilichen Werkstätten, die durch die Landespolitik mit dem Ziel der Ausgliederung von dienstlichen in den privaten Sektor verschoben werden sollen, waren Thema der Runde.

Die anwesenden Politiker mussten zwar teilweise gestehen, dass die polizeilichen Belange nicht zu ihrem Fachbereich gehören, aber sie schienen dankbar für die offen dargestellten Probleme und Hinweise zu sein. Sie sicherten zu, den baulichen Zustand einiger Dienstgebäude,

wie zum Beispiel das der PD und der PI Rostock sowie die Ausrüstung der Kollegen vor Ort in Augenschein zu nehmen.

Beide Seiten einigten sich darauf, noch vor dem 1. Mai 2006 eine erneute Gesprächsrunde mit den innenpolitischen Sprechern durchzuführen. Auf die zugesicherten Antworten und Reaktionen dürfen wir alle gespannt sein. Wir berichten weiter.

K. Zille/M. Bartsch

KG BP übergibt GdP-WM-Fußbälle

Schwerin. Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in unserem Land ist gegenwärtig in aller Munde. Was liegt also näher, als dass sich die Kreisgruppe der GdP in der BP M-V auf einer ihrer letzten Sitzungen auch mit diesem Thema beschäftigte. Dabei ist die Idee geboren worden, die einzelnen Dienststellen der BP M-V mit WM-typischen Equipment zu unterstützen. Dabei profitierte unsere Kreisgruppe von einer Aktion des Bundesvorstandes der GdP in Bezug auf die Werbung neuer Mitglieder und den entsprechenden Aktivitäten unserer Kreisgruppenmitglieder. Danach erhält jeder

Werber, für den Werbezeitraum beginnend ab dem 1. Januar 2006, einen WM-typischen Fußball mit einem WM- und GdP-Logo. Schnell waren sich die Kollegen unserer Kreisgruppe, denen ein solcher WM-Ball zur Verfügung gestellt wurde, einig, diese WM-Bälle den Sportleitern der 1. und 2. Einsatzhundertschaft, der TEE und der BFE zu übergeben. Am 28. Februar 2006 war es dann soweit und der Kreisgruppenvorsitzende konnte die WM-Bälle übergeben.

Auch wenn wohl kein Angehöriger unserer Dienststelle mehr den Sprung in den deutschen WM-Kader 2006 schaffen wird,

werden die WM-Bälle im Rahmen des Dienstportes ihre sportliche Verwendung finden.

Jörn Liebzig
Vorsitzender der Kreisgruppe
BP M-V



KG-Vorsitzender Jörn Liebzig (li.) übergibt WM-Ball an den Sportleiter der 2. BPH Heiko Nagel. Foto: KG

AUS DER KREISGRUPPE ANKLAM

Sind alle Baumaßnahmen gestoppt?

Anklam/Wolgast. Dr. Harald Ringstorff in seiner Regierungserklärung am 11. Dezember 2002: „Eine gut ausgebildete, ausgestattete und motivierte Polizei ist ... eine wichtige Voraussetzung.“

Die Polizeibeschäftigten im Polizeirevier Wolgast glauben schon lange nicht mehr an die vielen Versprechungen die ihnen – in Bezug auf eine Sanierung ihres Gebäudes – gemacht worden sind. Der bauliche Zustand der Polizeidienststelle ist erschütternd und es muss dringend investiert werden!

Die Pressesprecherin des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern Marion Schlander bestätigte jedoch vor kurzem – auf Nachfrage einer Regionalzeitung – dass die Planungen für ein neues Polizeirevier zurückgestellt sind, bis „Planungssicherheit“ herrscht. Das Innenministerium schuf sich somit erneut eine weitere Ausrede, bis man „den Zuschnitt der künftigen Landkreise kennt“. Die Arbeitsbedingungen spielen demzufolge für unsere rund 50 Polizeibeschäftigten überhaupt keine Rolle mehr. Der Charme des in den 60er Jahren gebauten Gebäudes lässt für den Bürger nur schwer erahnen, dass in dem Gebäude gut ausgebildete Kolleginnen und Kollegen Dienst für den Bürger versehen. Gerade aber diese Kolleginnen und Kollegen sind es, die Tag und Nacht für die Sicherheit in ihrem Bereich eine große Verantwortung tragen. Ein Bereich, in dem sich das Atommüllzwischenlager Nord (ZLN) befindet, ein Bereich, der gleichzeitig aber auch einer der beliebtesten Urlaubsziele an der deutschen Ostseeküste ist.

Ich vermute, dass man sehr schnell verwöhnt wird, wenn man in einem warmen kakifarbenen und sanierten Innenministerium – weit ab von Wolgast – sitzt und nicht unter den Bedingungen wie sie täglich in Wolgast anzutreffend sind, arbeiten muss. Der Bürger holt sich schon bei schlechtem Wetter nasse Füße, wenn er über den Hof läuft, um eine Anzeige in einer der zwei Baracken der KK-Außenstelle aufzugeben. Die

Baracken wurden im Jahr 2000 nur als Notbehelf hergerichtet und die Wolgaster-Kripobeamen mussten in diese Baracken einziehen. Anlass war, dass die damals noch im Gebäude befindliche Feuerwehr in ein neues Objekt gezogen ist und das marode Gebäude „nun dann bald“ einer Sanierung unterzogen werden sollte. Seitdem sind allerdings keinerlei weitere Fortschritte festgestellt worden. Meine Nachfrage bei den Kollegen, wann das letzte Mal etwas von außen am Gebäude getan wurde, konnte keiner so recht beantworten – „...wahrscheinlich, als damals das DDR-Emblem über den Eingang entfernt wurde...“ scherzte jedoch ein Beamter. Im Übrigen müssen wegen des schlechten Gebäudezustandes mehr als 40 Prozent der Räumlichkeiten leerstehen.

Als der Bericht die GdP-Kreisgruppe in Anklam erreichte, kündigte der GdP-Kreisgruppenvorsitzende Peter Dinse sogleich an, sich mit dem Thema zu beschäftigen. „Wir wollen das Problem jetzt wieder gründlich aufgreifen, denn die Kreisgruppe ist sich bewusst, dass es im Interesse der Wolgaster Kollegen unbedingt notwendig ist, dort Veränderungen zu treffen“. Wir können nicht erst eine weitere Kreisgebietsreform abwarten, bis bei der Wolgaster Polizei etwas saniert wird, war der Tenor in der GdP-Kreisvorstandssitzung. „Man kann die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht einseitig diktieren und auf der anderen Seite immer höhere Anforderungen an die Polizei-

beschäftigten stellen“, so Peter Dinse weiter.

Vom schlechten Zustand des Polizeireviers konnten sich mittlerweile auch die CDU-Landtagsabgeordneten Wolfgang Riemann und Bernd Schubert überzeugen. Der Abgeordnete Riemann (CDU-Haushaltsexperte und Vorsitzender des Finanzausschusses im Schweriner Landtag) kündigte nach der Begehung eine „Kleine Anfrage“ an die Landesregierung zum Thema an. Die beiden Abgeordneten wollen nun wissen, ob der Landesregierung bekannt ist, unter welchen Bedingungen Kriminalbeamte in Wolgast Dienst tun. Eine weitere Frage zielt auf die möglichen Synergieeffekte, die sich ergeben, wenn die auch in Wolgast befindliche Wasserschutzpolizeiinspektion ebenfalls mit in das neue Gebäude ziehen würde, wie das ursprünglich vorgesehen war. Schließlich erkundigen sich die beiden CDU-Abgeordneten auch noch nach den zusätzlichen Kosten für Energie, Wasser und Heizung, die auf Grund der schlechten Bausubstanz des Wolgaster Gebäudes anfallen.

Der Wolgaster Revierleiter Frank Möller erwartet, dass frühestens 2009 mit einer Entscheidung zur Sanierung des Gebäudes zu rechnen ist. Peter Dinse

rechnet das man „locker bei 2015“ ankommen könnte und der GdP-Landesvorsitzende Michael Silkeit geht von mindestens sechs Jahren aus und forderte den Innenminister Dr. Gottfried Timm auf, die Gerüchte, wonach dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen an Polizeidienststellen erst nach der Verwaltungs- und Strukturreform in Mecklenburg-Vorpommern erfolgen sollen, aufzuklären. Viele weitere Polizeidienststellen wären dadurch ferner auch betroffen. Ich denke dabei an die Polizeidienststellen in Greifswald, Demmin, Stralsund, Rostock, Waldeck, Gadebusch, Teterow, Waren usw.

Klar ist, dass die Polizei nach der Entscheidung des Sonderausschusses des Landtages zum Fünf-Kreis-Modell auch in Wolgast bestehen bleibt und dass dieses Gebäude saniert werden muss. Die GdP-Kreisgruppe Anklam fordert das Innenministerium nachdrücklich auf, mit den schon lange geplanten Baumaßnahmen anzufangen, damit unsere Kolleginnen und Kollegen die schon oft genug mit den dunklen Seiten in Wolgast konfrontiert sind, „gut ausgestattet und motiviert“ werden.

Marco Bialecki



Ohne Worte.

Foto: Marco Bialecki

Nachwuchs vom IPAF nicht zu stoppen

Schwerin. Um den Volleyballnachwuchs in der Landespolizei ist es offensichtlich gut bestellt. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern setzten sich am Ende des Jubiläumsturniers in der Sport- und Kongresshalle Schwerin die jeweils ersten Mannschaften des IPAF Güstrow durch.

Der Direktor der Bereitschaftspolizei, PD Klaus Lemke, konnte auch in diesem Jahr wieder viele Gastmannschaften begrüßen. Neben den Teams der PD Schwerin und des IPAF Güstrow war auch die Mannschaft des Titelverteidigers bei den Herren aus dem Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ am Start. Leider musste die Männermannschaft der 1. BPH kurzfristig aus Einsatzgründen absagen, so dass sechs Teams bei den Herren um den Titel kämpften. Beim einzigen Frauenturnier der Polizei des Landes spielten fünf Mannschaften um den Sieg.

Gegen 9.00 Uhr begannen dann die Begegnungen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen zunächst auf jeweils zwei Feldern. In beiden Turnieren wurde nach dem System „Jeder gegen Jeden“ in zwei Sätzen bis zu je-

weils 25 Punkten gespielt. Es entwickelte sich eine Reihe spannender hart umkämpfter Spiele.

Bei den Frauen wurde sehr schnell deutlich, dass die jungen Beamtinnen vom IPAF noch sehr gut im Training stehen. Im direkten Vergleich der beiden Frauenmannschaften aus Güstrow setzte sich dann aber die erste Mannschaft recht deutlich durch. Um Platz zwei wurde es noch einmal knapp. Aber auch hier war das zweite Team aus Güstrow das bessere vor der PD Schwerin.

Auch im Männerturnier wurden keine Geschenke verteilt. Jeder Punkt war hart umkämpft und so manche technische Unsicherheit wurde mit Einsatz kompensiert.

Die erste Mannschaft vom IPAF aus Güstrow war dann aber von keinem anderen Team zu stoppen und gewann das Män-



Die erfolgreiche Frauenmannschaft vom IPAF Güstrow.

Foto: privat

nerturnier ohne Satzverlust. Der Titelverteidiger kam in diesem Jahr auf Platz zwei. Besonders

erwähnenswert ist die Einstellung der Mannschaft der BFE, die fast ausschließlich mit Fußballern auf dem Parkett stand. Sie machte es so manchem Gegner sehr schwer und kämpfte um jeden Ball.

Während der Siegerehrung bedankte sich der Behördenleiter bei den Kollegen der TEE für die gute Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf der beiden Turniere.

Im Anschluss erhielten die Mannschaftsführer der jeweils drei erstplatzierten Teams aus den Händen von POR Lestin Pokale überreicht. Die beiden Wanderpokale stehen nun für ein Jahr in Güstrow.

Ich wiederhole mich an dieser Stelle nur zu gerne. Ein Superturnier, das allen Beteiligten wieder Freude, Fitness und Spaß bereitete. Einfach Dinge, die auch zukünftig in der Landespolizei nicht zu kurz kommen sollten.

Detlev Haupt

**Frohe Ostern
und erholsame, sonnige
Feiertage wünscht
der Landesvorstand
der Gewerkschaft der Polizei
allen Kolleginnen und
Kollegen**

